

Die ukrainischen Vorbereitungen für die Fußball-Europameisterschaft 2012: Auf dem Weg zu Prestige oder zu unververtretbaren Kosten?

Wyschkina, Alexandra; Kokhan, Halyna

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wyschkina, A., & Kokhan, H. (2008). Die ukrainischen Vorbereitungen für die Fußball-Europameisterschaft 2012: Auf dem Weg zu Prestige oder zu unververtretbaren Kosten? *Ukraine-Analysen*, 44, 12-15. <https://doi.org/10.31205/UA.044.02>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



BRUCH DER REGIERUNGSKOALITION ASSOZIIERUNGSABKOMMEN MIT DER EU FUSSBALL-EUROPAMEISTERSCHAFT 2012

■ KOMMENTAR	
Der Bruch der Regierungskoalition und die ukrainischen Zukunftsperspektiven Von Wilfried Jilge, Leipzig	2
■ UMFragEN	
Politische Präferenzen der ukrainischen Bevölkerung	5
■ ANALYSE	
FTA+ statt Mitgliedschaft: Über ukrainische Interessenlagen und europäische Handlungsspielräume Von Julia Langbein, Florenz/Kiew	7
■ ANALYSE	
Die ukrainischen Vorbereitungen für die Fußball-Europameisterschaft 2012. Auf dem Weg zu Prestige oder zu unvermeidbaren Kosten? Von Halyna Kokhan, Kiew und Alexandra Wyszchyna, Bremen	12
■ PRESSESTIMMEN	
Die Vorbereitungen zur Fussball-Europameisterschaft 2012	15
■ CHRONIK	
Vom 10. bis zum 23. September 2008	18

Die nächste Ausgabe der Ukraine-Analysen erscheint am 14.10.2008. Themen werden die innenpolitische Entwicklung, Jugendarmut und Geschichtspolitik bezüglich des Zweiten Weltkriegs sein.



Kommentar

Der Bruch der Regierungskoalition und die ukrainischen Zukunftsperspektiven

Von Wilfried Jilge, Leipzig

Einleitung

Der Bruch zwischen den »Helden der orangenen Revolution« in der Ukraine, Staatspräsident Viktor Juschtschenko und Ministerpräsidentin Julia Timoschenko, scheint endgültig: Nachdem die Fraktion von Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes (NUNS) mehrheitlich für den Austritt aus der Regierungskoalition gestimmt hatte und während der vom Gesetz eingeräumten Zehntagesfrist keine ernsthaften Gespräche zur Verständigung geführt wurden, hat Parlamentspräsident Arsenij Jazenjuk am 16. September 2008 offiziell das Ende der von den »orangenen« Kräften gebildeten sogenannten demokratischen Koalition verkündet und ist einen Tag später, in Übereinstimmung mit dem Koalitionsvertrag, selbst von seinem Posten zurückgetreten.

Wenn sich bis Oktober (der genaue Stichtag ist umstritten, entweder der 3. oder der 16.10.) keine neue Koalition findet, kann der Präsident von seinem Recht Gebrauch machen, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen. Als möglicher Wahltermin wird der 21. Dezember kolportiert. Es ist davon auszugehen, dass Präsident Juschtschenko Neuwahlen anstrebt: Der Block Timoschenko und die Partei der Regionen von Viktor Janukowitsch verfügen derzeit im Parlament zusammen über eine verfassungsändernde Mehrheit und planen offenbar eine substantielle Änderung des Wahlrechts und der Verfassung hin zu einem Zwei-Parteien-System und einer Schwächung des Amtes des Präsidenten. Seit Ende der Sommerpause haben Block Timoschenko und Partei der Regionen gemeinsam schon mehrere Gesetze verabschiedet, die die Machtbefugnisse des Präsidenten einschränken.

Koalitionsszenarien

Nicht ausgeschlossen ist also, dass sich Block Timoschenko und Partei der Regionen handelseinig werden und offiziell eine neue, dann schon gegen den Präsidenten gerichtete Koalition zustande kommt. Theoretisch denkbar – und von der Basis sowie einer großen Anzahl von Abgeordneten aus Unsere Ukraine und Block Timoschenko gewünscht – wäre, neben Neuwahlen und einer alternativen Regierungskoalition, drittens auch eine Neuauflage der Koalition zwischen Unsere Ukraine und Block Timoschenko unter Einbeziehung des Blocks Litwin als stabilisierendem Element, sowie viertens das Fortbestehen des nur leicht umgebildeten Kabinetts als Minderheitsregierung bei Wahl eines neuen Parlamentspräsidenten und Fortsetzung der Parlamentsarbeit mit wechselnden Mehrheiten. Julia Timoschenko hat jedenfalls am 17.9. im Parlament erklärt, sie sehe keinen Grund, von ihrem Posten zurückzutreten;

an eine entsprechende Vereinbarung im Koalitionsvertrag fühle sich Block Timoschenko nach einseitiger Auflösung des Vertrags durch NUNS nicht mehr gebunden. Auch die von NUNS gestellten Minister bleiben laut Parteiratsbeschluss vom 20.9. vorerst im Amt.

Der Bruch

Äußerer Anlass für den Austritt der pro-präsidentiellen Fraktion von Unsere Ukraine aus der Regierungskoalition war das vergebliche Bemühen der Regierungsmehrheit, am 2. September im Parlament eine gemeinsame Erklärung zur Lage in Georgien zu verabschieden. Die Zerstrittenheit des pro-europäischen Lagers, zusammen mit der Forderung von noch-Oppositionsführer Janukowitsch, die staatliche Unabhängigkeit von Südossetien und Abchasien anzuerkennen, hat innerhalb der Europäischen Union verständlicherweise Irritationen ausgelöst. Der EU-Ukraine-Gipfel am 9. September in Paris, bei dem Präsident Juschtschenko auf die Begleitung durch seine Ministerpräsidentin demonstrativ verzichtete, verlief denn auch um einiges distanzierter, als es vor dem Hintergrund der Krise im Kaukasus und der gespannten Beziehungen der EU zu Russland zu erwarten gewesen war, und das Ergebnis fiel für die Ukraine weniger positiv aus, als noch vor dem 2. September erhofft.

Für die Europäische Union ist es jedoch wichtig, jetzt keine falschen Schlüsse zu ziehen und den Weg der Ukraine nach Westen weiter klar und eindeutig zu unterstützen, um den beunruhigenden destruktiven Tendenzen innerhalb der politischen Führungskaste in der Ukraine entgegen zu wirken, Reformen zu stimulieren und einer Rückkehr zur sogenannten »Viel-Vektoren-Außenpolitik« der Kutschma-Zeit vorzubeugen, die dem Land auf Dauer nur Stagnation, Intransparenz und Autoritarismus gebracht hat.

Machtkampf

Leider haben sich die führenden Politiker des demokratischen Lagers als unfähig erwiesen, Kompromisse zu schließen, gemeinsam zum Wohl des Landes Reformen voranzutreiben und die Errungenschaften der letzten Jahre zu sichern, kurz – das zu tun, wofür die »orange« Kräfte dreimal in Folge (Präsidentenwahlen 2004, Parlamentswahlen März 2006, Parlamentswahlen September 2007) von den ukrainischen Wählern ein klares Mandat erhalten haben. Stattdessen sind sie ganz auf ihre internen Machtkämpfe fixiert, und ihre oberste Handlungsmaxime scheint zu sein, dem Gegner (im eigenen Lager) zu schaden.

So haben sie entweder verkannt, welche Wirkung auf die EU die Uneinigkeit in der Georgienfrage hervorrufen würde, oder diese Wirkung billigend in Kauf genommen, um im innenpolitischen Kampf zu punkten. Dem Kanzleichef von Präsident Juschtschenko, Viktor Baloha, wird schon seit längerem vorgeworfen, die Arbeit von Ministerpräsidentin Timoschenko insgeheim und offen zu behindern und an einer eigenen Koalition mit der Partei der Regionen zu schmieden. Für den Block Timoschenko das Fass zum Überlaufen gebracht haben mag letztendlich der Vorwurf, Timoschenko sei an der Vergiftung Juschtschenkos im Wahlkampf 2004 beteiligt gewesen, weswegen die Ministerpräsidentin schon zweimal vom (präsidententreuen) Generalstaatsanwalt vernommen wurde. So hat der Block Timoschenko nach der Sommerpause mehrmals gemeinsam mit der Partei der Regionen gegen Unsere Ukraine und die Interessen des Präsidenten gestimmt, worauf Unsere Ukraine mit dem Vorwurf konterte, Timoschenko genieße die Unterstützung des Kreml und beziehe deswegen in der Georgien-Krise nicht eindeutig Position.

In dieser Situation ist es ein Leichtes für die Partei der Regionen, die Regierungskoalition als unfähig darzustellen, sich als stabilisierende Kraft zu gerieren und auf dem Nährboden eines in Teilen der Bevölkerung latent vorhandenen Antiamerikanismus eine Umkehrung der außenpolitischen Vorzeichen zu fordern, nämlich die Festschreibung der Neutralität der Ukraine in der Verfassung und einen explizit pro-russischen Kurs.

Mehrheitlich pro-EU

Gleichzeitig aber steht außer Frage, dass in der Ukraine, und zwar innerhalb der Bevölkerung wie innerhalb der politischen Eliten, eine deutliche Mehrheit für einen pro-westlichen Kurs existiert, sofern darunter die Annäherung an die EU verstanden wird. Die Europäische Union steht für Demokratie, wirtschaftliche Entwicklung und friedliche Konfliktbeilegung zwischen Nachbarn, auch für ein pragmatisches

gutnachbarschaftliches Verhältnis zu Russland, und erscheint angesichts einer immer aggressiveren russischen Außenpolitik nicht nur den westlich orientierten Intellektuellen, sondern auch der wachsenden Mittelschicht, der jungen Generation sowie den Wirtschafts-oligarchen in der Ukraine als die beste Möglichkeit, den eigenen Staat zu entwickeln und die staatliche Unabhängigkeit zu festigen.

Der Begriff EU ist in der ukrainischen öffentlichen Meinung fast ausschließlich positiv besetzt. Dessen sind sich gerade die dem Kreml nahe stehenden Meinungsmacher bewusst, und nicht von ungefähr versuchen sie in Bezug auf die Krise im Kaukasus einen geopolitischen Antagonismus Russland – USA/NATO aufzubauen und den Eindruck zu erwecken, die EU sei allenfalls neutraler Zuschauer, nicht Akteur. Die EU verfügt über ein vielfältiges Instrumentarium zur Zusammenarbeit und sollte dieses nutzen, um ihr legitimes Interesse an einem stabilen, wirtschaftlich prosperierenden, demokratischen und friedlichen Nachbarn Ukraine durchzusetzen, indem sie Strukturen stärkt und Reformen fördert.

»Neue Gesichter« in der ukrainischen Politik

Die politische Landschaft in der Ukraine ist durchaus in Bewegung: Die Partei Nationale Selbstverteidigung von Innenminister Juri Luzenko war gegen den Austritt der Fraktion aus der Regierungskoalition und behält sich vor, weiter konstruktiv mit dem Block Timoschenko zusammen zu arbeiten. Der ehemalige Verteidigungsminister Anatoli Hryzenko, derzeit Abgeordneter der Präsidentenpartei Unsere Ukraine und Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, versucht, sich als Pro-Europäer und Transatlantiker trotzdem klar von Präsident Juschtschenko abzusetzen.

Der zurückgetretene Parlamentspräsident und ehemalige Außenminister und Nationalbankchef Arsenij Jazenjuk, ebenfalls von Unsere Ukraine, führt offenbar Gespräche mit finanzkräftigen Geldgebern auch aus dem ukrainischen Osten über die Gründung einer eigenen Partei. Und nach dem Ausschluss der Chefin des Nationalen Sicherheitsrats Raissa Bogatirewa aus der Partei der Regionen – sie hatte Janukowitschs Aussagen zu Südossetien und Abchasien kritisiert und eine Annäherung der Ukraine an die NATO gefordert – wird erwartet, dass auch sie eine neue Bewegung gründen und einen Teil der Wählerschaft der Partei der Regionen an sich binden können wird. All diese Personen setzen unterschiedliche Akzente was Wirtschaftspolitik, Status der russischen Sprache und vielleicht sogar, was die künftige Verfassungsordnung der Ukraine angeht. Sie alle aber unterstützen eine schnellstmögliche EU-Integration der Ukraine.

EU muss Anreize schaffen

Zweifelsohne wäre eine konkrete EU-Beitrittsperspektive der beste Anreiz für große Teile der Gesellschaft und der politischen Eliten in der Ukraine, die notwendigen Reformen mitzutragen und zu beschleunigen, und hätte innenpolitisch eine disziplinierende Wirkung im Transformationsprozess – ähnlich wie in den 1990er Jahren in Ostmitteleuropa. Eine solche klare Perspektive würde zudem innerhalb der politischen Klasse die Spreu vom Weizen trennen und diejenigen, für die die EU-Orientierung ein bloßes Lippenbekenntnis ist, dazu zwingen, Farbe zu bekennen – und zu riskieren, dadurch Wählergunst zu verlieren.

Wenn die EU sich aufgrund eigener Reformdefizite zum jetzigen Zeitpunkt nicht auf eine konkrete Beitrittsperspektive für die Ukraine festlegen kann, dann sollte zumindest im Rahmen der laufenden Verhandlungen zum »Assoziationsabkommen« in Schlüsselbereichen konkrete Zusammenarbeit vereinbart und die Integration der Ukraine in die europäischen Strukturen so weit wie möglich vorangetrieben werden. Dabei ist es erstens wichtig, alles zu unterlassen, was die Reformen und EU-Anhänger in der Ukraine bremst, auch rhetorisch. Zweitens müssen die Menschen gerade auch in den Regionen der Ukraine besser über die Europäische Union, ihre innere Verfasstheit, ihre Prinzipien und ihre außenpolitischen Positionen informiert werden. Drittens aber darf die EU nicht immer nur fordern, sondern muss dafür sorgen, dass die Menschen in der Ukraine die konkreten Vorteile einer Zusammenarbeit mit der EU spüren.

Den Bereichen Wirtschaft und Energie, Unabhängigkeit der Justiz und Korruptionsbekämpfung muss besonderes Augenmerk gelten. Wichtig ist, mehr Investitionssicherheit zu schaffen, um den schon zu beobachtenden Abfluss von westlichem Kapital zu stoppen und die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Ukraine weiter zu stärken. Im Rahmen der Verhandlungen zur Freihandelszone EU-Ukraine sollte nicht nur der EU-Markt für ukrainische Waren geöffnet, sondern auch darauf geachtet werden, dass im Gegenzug in der Ukraine Reformen durchgeführt werden, z.B. im Bereich Steuern und Abgaben, die zu mehr Transparenz führen

und die Teilhabe kleiner und mittlerer Unternehmen am Wettbewerb fördern. Was das Verhältnis zu Russland betrifft, sollte die Europäische Union, die in der Georgienkrise erst wirklich Profil gezeigt hat, nachdem es zu kriegerischen Auseinandersetzungen gekommen ist, präventiv tätig werden und deutlich machen, dass nicht jeder konkrete Integrationsschritt der Ukraine auf die Zustimmung Moskaus stoßen muss: Bei allem ehrlichen Willen zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland verdient die Ukraine gerade dort Unterstützung gegenüber ihrem nordöstlichen Nachbarn, wo dieser die politische Stabilität in Europa durch sein neoimperiales Gebaren gefährdet und gegen europäische Prinzipien und Interessen handelt.

An erster Stelle bei der Gestaltung des künftigen Verhältnisses zwischen der EU und der Ukraine muss aber das Thema Visa stehen. Die bisher vereinbarten Visaerleichterungen greifen kaum. Problematisch ist vor allem, dass die europäische Visapolitik weder dem steigenden Lebensstandard in der Ukraine und den wachsenden Verflechtungen mit den westlichen Nachbarn, noch der Ausdehnung der Schengen-Zone auf die direkten Nachbarn der Ukraine Polen, Slowakei und Ungarn gerecht wird und damit der EU letztlich selbst schadet: Mag es Ende der 1990er Jahre tatsächlich noch wenig glaubwürdig gewesen sein, dass Busladungen von Ukrainern den Kölner Dom besichtigen wollten, so gehört der Tourismus heute, zehn Jahre später, zu den florierenden Wirtschaftszweigen in der Ukraine. Urlaub im Ausland ist für Ukrainer nicht mehr außergewöhnlich, Schüler besuchen Sprachkurse in England, Frankreich und Deutschland, Kranke lassen sich in europäischen Kliniken, gerade auch in Deutschland, behandeln, Geschäftsleute reisen in die westlichen Metropolen, und viele Menschen haben Freunde und Verwandte in der EU. Daher ist es an der Zeit, über eine Lockerung des Visazwangs nachzudenken: Nichts schadet dem Image Deutschlands und der EU mehr, als die Berichte über verweigerte Visa und langwierige und oft als erniedrigend empfundene Prozeduren. Und nichts ist wichtiger für die Festigung der Demokratie in der Ukraine als eine wache, lebendige, informierte und weltoffene Gesellschaft.

Über den Autor

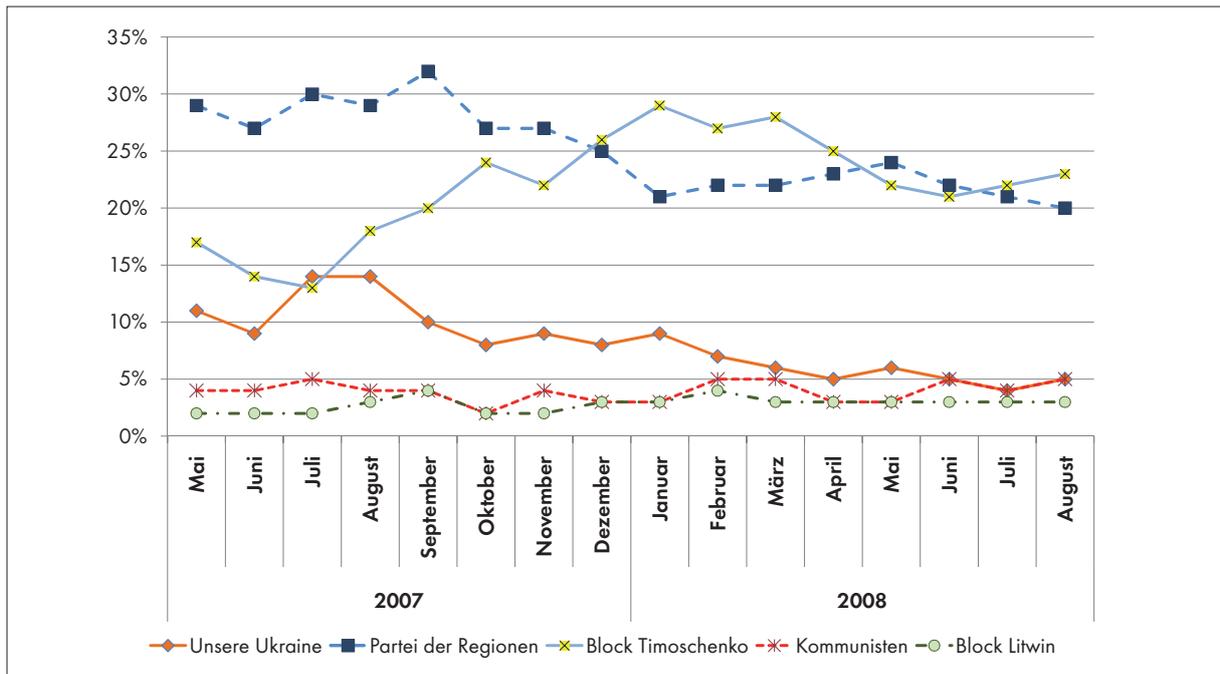
Wilfried Jilge ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO) an der Universität Leipzig und forscht schwerpunktmäßig zur Ukraine.

Umfragen

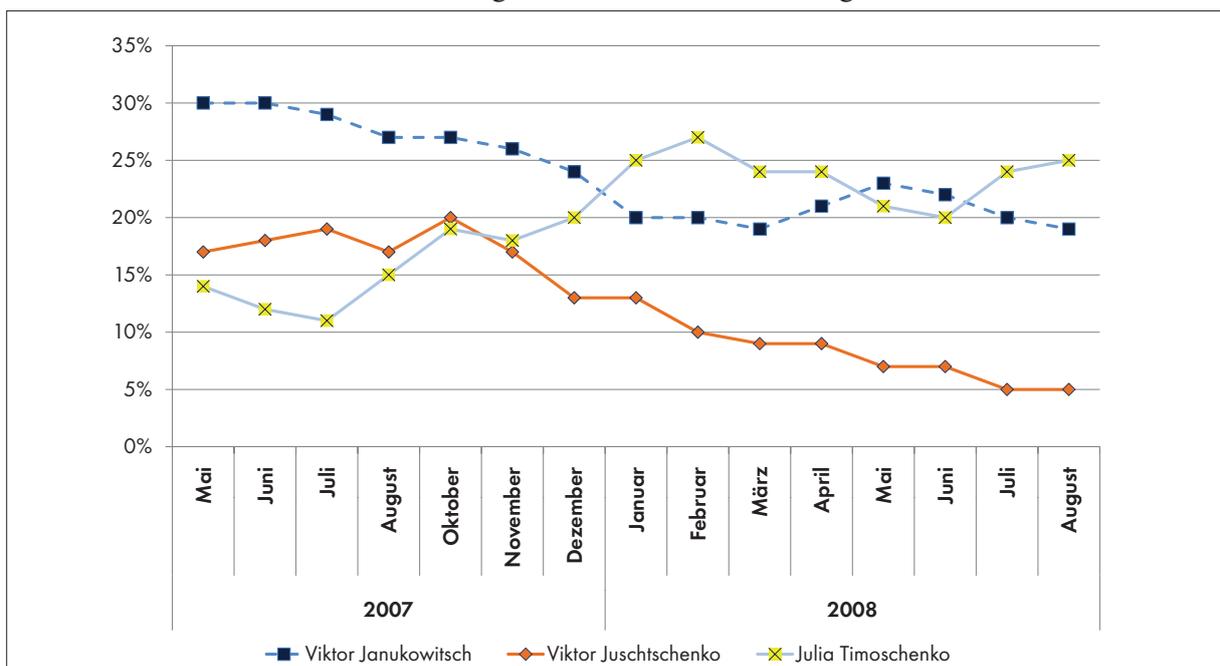
Politische Präferenzen der ukrainischen Bevölkerung

 Quelle: Repräsentative Umfragen des FOM-Ukraine, http://bd.fom.ru/map/ukrain/ukrain_eo

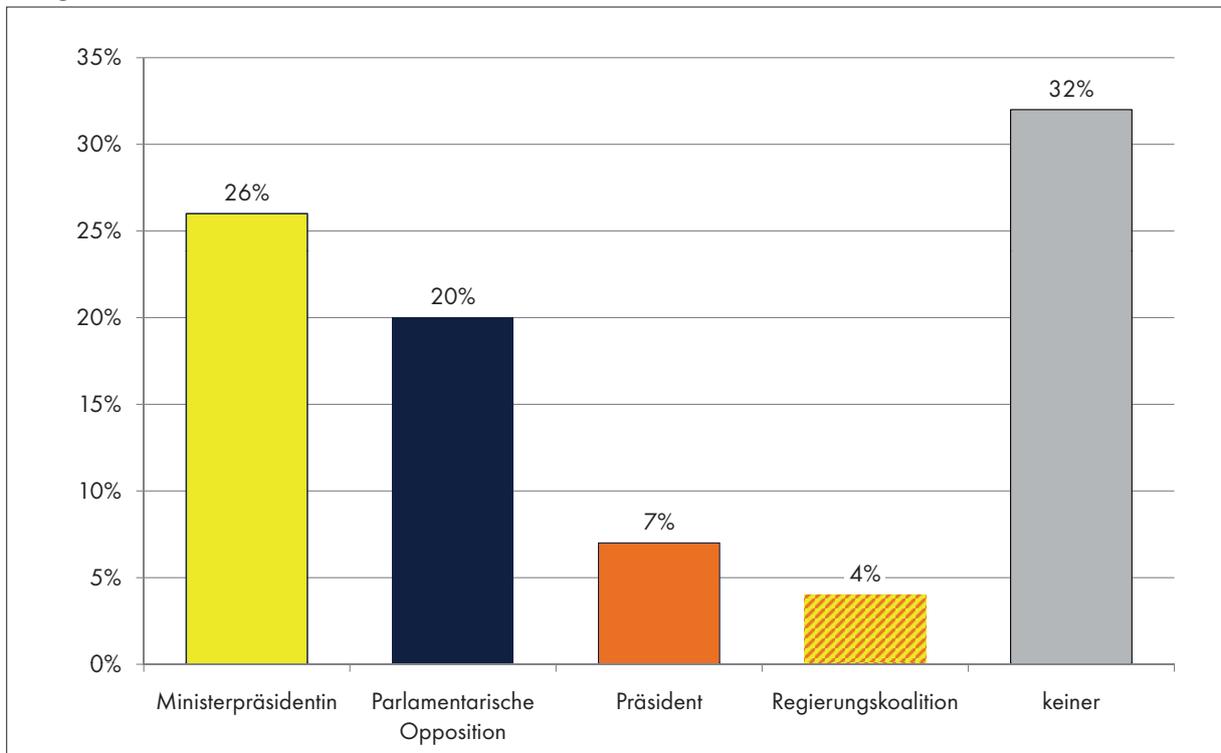
Grafik 1: Welche Partei würden Sie wählen, wenn Sonntag Parlamentswahlen wären? Kurzfristige Trends Mai 2007 bis August 2008



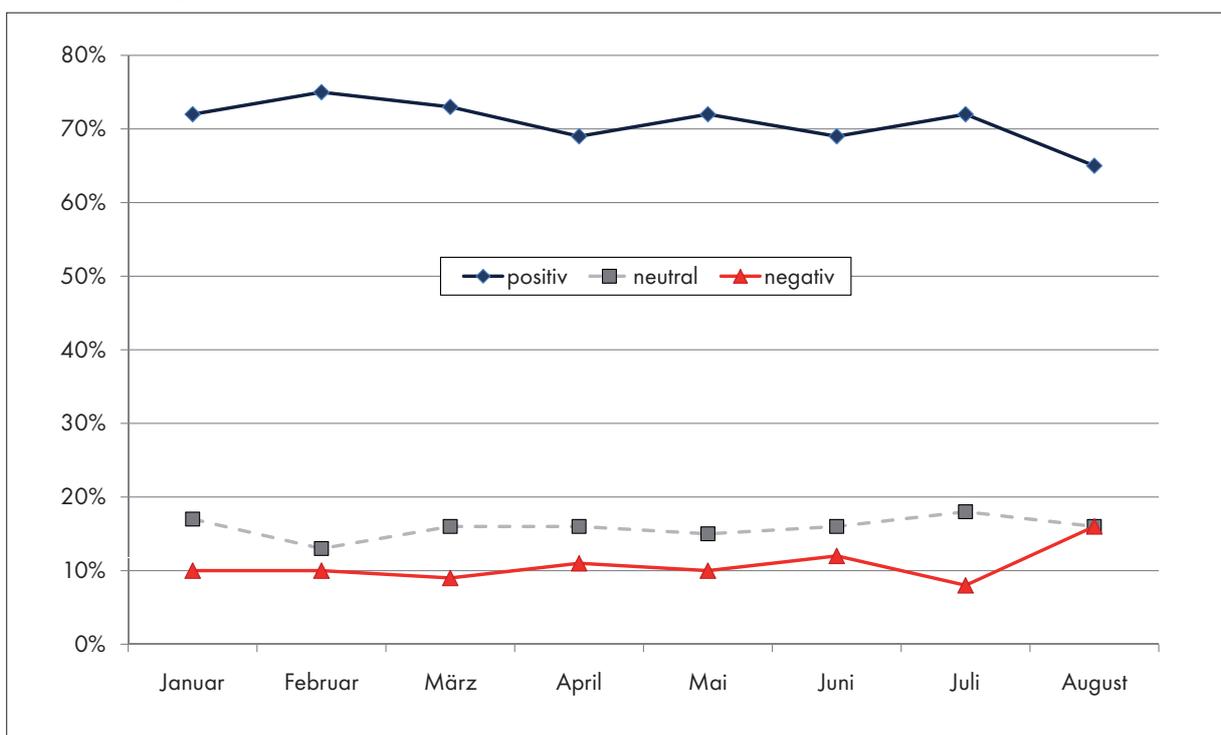
Grafik 2: Welchen ukrainischen Politiker würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Präsidentschaftswahl wäre? Kurzfristige Trends Mai 2007 bis August 2008



**Grafik 3: Welcher politischen Kraft in der Ukraine vertrauen Sie derzeit am meisten?
(August 2008)**



**Grafik 4: Wie ist derzeit Ihr Verhältnis gegenüber Russland: positiv, neutral oder negativ?
(Januar – August 2008)**



Analyse

FTA+ statt Mitgliedschaft: Über ukrainische Interessenlagen und europäische Handlungsspielräume

Von Julia Langbein, Florenz/Kiew

Einleitung

In der Gemeinsamen Erklärung der Präsidenten Nicolas Sarkozy, José Manuel Barroso und Viktor Juschtschenko nach dem jüngsten EU-Ukraine Gipfel in Paris werden die Verhandlungen über ein tief greifendes und umfassendes Freihandelsabkommen (FTA+) als integraler Bestandteil des geplanten Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine hervorgehoben. Das FTA+ stellt den zentralen externen Anreiz für die Ukraine dar, sich den (wirtschaftlichen) Spielregeln der EU anzupassen. Denn trotz der Bemühungen des ukrainischen Präsidenten sowie des ukrainischen Außenministeriums ist es mehr als unwahrscheinlich, dass die Präambel des für Ende 2009 geplanten Assoziierungsabkommens einen deutlichen Hinweis auf eine Mitgliedsperspektive enthalten wird.

Durch das FTA+ zwischen der EU und der Ukraine soll eine umfassende Konvergenz im Regulierungsbereich erreicht werden. Allerdings erlaubt ein FTA+ im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) eine selektive Übernahme der Regeln des Binnenmarktes. Dies ist aufgrund der fehlenden Beitrittsperspektive für die Partnerländer und angesichts der vollkommen anderen wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen der ENP-Staaten im Vergleich zu den EFTA-Staaten Island, Norwegen und Liechtenstein, die Teil des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) sind, mittelfristig weitaus realistischer. Auf Grundlage einer selektiven und stufenweisen Übernahme des EU-Binnenmarktregimes im Rahmen des FTA+ können zumindest in den Bereichen Fortschritte erzielt werden, die sowohl für die EU als auch für die Partnerländer Vorteile bieten.

Seit dem Februar 2008 verhandelt die EU mit der Ukraine als einzigem der ENP-Partnerländer über ein FTA+. Wie wird das Projekt von politischen und wirtschaftlichen Akteuren in der Ukraine aufgenommen? Welche Stärken und Schwächen weist die EU-Politik auf, wenn es um die Unterstützung der Ukraine beim Abschluss eines FTA+ geht?

Die Position politischer Eliten

Für den hier behandelten Aspekt der wirtschaftlichen Annäherung der Ukraine an die EU treffen die in der westlichen Berichterstattung oft verwendeten Kategorien »vor und nach der Orangen Revolution« oder »pro-russisch« vs. »pro-westlich« zur Charakterisierung der ukrainischen Politiklandschaft nicht zu. Diese Feststellung soll den Ereignissen 2004/2005 nicht ihre Bedeutung für die Intensivierung der EU-Ukraine Beziehungen absprechen (Vgl. Ukraine-Analysen Nr. 6 und 36).

Im Fall des FTA+ kann diese holzschnittartige Einteilung jedoch zu falschen Schlüssen über die Rolle der innenpolitischen Kräfte bei der Gestaltung der ukrainischen Außenwirtschaftspolitik und entsprechender interner Reformen führen.

Erstens stellte bereits vor der Orangen Revolution eine einseitige Orientierung auf den russischen Markt keine Alternative für die Ukraine dar. Russland versuchte zwar mehrmals, die Ukraine in einen regionalen Wirtschaftsraum einzubeziehen, etwa im Kontext der Union Russland-Belarus 1999 oder dem Eurasischen Wirtschaftsraum 2000. Gleichwohl unterschrieb der ukrainische Präsident Leonid Kutschma erst 2003 eine Vereinbarung über die Schaffung eines Gemeinsamen Wirtschaftsraumes mit Russland, Kasachstan und Belarus, um sich angesichts wachsender interner und westlicher Kritik die Unterstützung Russlands vor den Wahlen 2004 zu sichern. Praktisch war er aber nicht bereit, mehr als eine einfache Freihandelszone auszuhandeln, deren Umsetzung jedoch ausblieb. Ebenso hat der oft als »pro-russisch« dargestellte Vorsitzende der Partei der Regionen, Viktor Janukowitsch, während seiner letzten Amtsperiode als Ministerpräsident zwischen 2005 und 2007 keine Anstrengungen unternommen, dem Projekt des Gemeinsamen Wirtschaftsraumes wieder Leben einzuhauchen.

Zweitens wurden bereits während der Präsidentschaft Kuchmas eine Reihe legislativer Reformen durchgeführt, die zu einer Annäherung der ukrainischen Gesetzgebung an den wirtschaftlichen Teil des *acquis communautaire*, also des gemeinsamen EU-Rechts, geführt haben. Dies begünstigte den frühen Beginn der Verhandlungen über das FTA+ mit der Ukraine im Vergleich zu anderen interessierten östlichen Nachbarn wie Georgien oder Moldawien. Als Beispiele sollen hier

nur die Regulierung technischer Standards, des Transportwesens und auch des Wettbewerbs genannt werden. Zudem wurde der Aktionsplan für die Ukraine im Rahmen der ENP im Jahr 2004 unter Präsident Kutschma und dem damaligen Ministerpräsidenten Janukowitsch verhandelt. Bereits zu diesem Zeitpunkt enthielt der Aktionsplan ein Freihandelsabkommen und sah die Anpassung an wirtschaftliche und rechtliche Vorgaben des *acquis* vor. Allerdings wurde nach der Orangen Revolution das Ziel eines *Enhanced Agreement* explizit in den Aktionsplan aufgenommen, wodurch die EU-Orientierung der Ukraine noch einmal unterstrichen wurde (Vgl. Ukraine-Analysen Nr. 36).

Drittens blieb zwar die Implementierung der erlassenen Gesetze in den genannten Bereichen während der Kuchma-Ära größtenteils aus, gleichwohl haben die andauernden internen Machtkämpfe nach der Orangen Revolution daran nicht wirklich etwas geändert. Dies wird auch im jüngsten Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission zur Umsetzung des Aktionsplans vom März 2008 deutlich. Viele Gesetze, die eine Anpassung an EU Richtlinien vorsehen, werden von den Mitgliedern des ukrainischen Parlaments jedoch mehr aus Machtkalkül abgelehnt denn aufgrund pro-europäischer oder pro-russischer Einstellungen. Um den Präsidenten zu schwächen, verweigerte die Mehrheit des ukrainischen Parlaments, inklusive Teile der Regierungskoalition, beispielsweise im Januar 2008 die Zustimmung zu bestimmten Gesetzesänderungen, die von der Präsidentschaft eingereicht wurden und eine Anpassung der Regulierung technischer Standards an EU-Vorgaben bewirkt hätten. Aus diesem Grund reicht die Präsidentschaft einige andere Gesetze, die eine Anpassung an wirtschaftliche Regeln und Standards des EU-Binnenmarktes vorsehen, derzeit nicht zur Lesung an das ukrainische Parlament weiter.

Die drei genannten Punkte weisen darauf hin, dass es bei den gegenwärtigen innenpolitischen Auseinandersetzungen nicht um eine inhaltliche außen- und innenpolitische Richtungsentscheidung, sondern um die Verteilung politischer Macht an sich geht. Der Grad der politischen Unterstützung für das FTA+ variiert daher nicht entlang politischer Lager. Letztlich sind alle großen Parteien nicht gegen die Verhandlungen über ein FTA+. Lediglich von der Kommunistischen Partei wäre zum jetzigen Zeitpunkt zu erwarten, dass sie gegen die Ratifizierung des FTA+ ähnlich lautstark protestiert wie jüngst beim WTO-Beitritt.

Trotz dieser Einschätzung würden die Verhandlungen zum FTA+ auch dann nicht vollkommen reibungslos verlaufen, wenn die innenpolitische Instabilität ein Ende fände. Zunächst fehlt es politischen Akteuren in der Ukraine – mit Ausnahme einiger Bürokraten in

den Fachabteilungen der Ministerien – an Kenntnissen über die Inhalte der EU Regeln und Standards. Darüber hinaus variiert die interne Unterstützung in Abhängigkeit von Sektor und Regulierungsfeld, wie es bei anderen Ländern auch der Fall wäre. Aufgrund der engen Verflechtung zwischen Politik und Großunternehmern bzw. Oligarchen in der Ukraine (Vgl. Ukraine-Analyse Nr. 40), wird sich der Einfluss von Großunternehmern in der Ukraine jedoch besonders stark auf den Verhandlungsprozess des FTA+ auswirken. Dies kann positive und negative Entwicklungen zur Folge haben.

Oligarchen

In der jüngsten Zeit ist bei einigen Oligarchen eine veränderte Haltung gegenüber der EU-Integration im Allgemeinen und der wirtschaftlichen Annäherung an den EU-Binnenmarkt im Besonderen zu beobachten. Nachdem die Oligarchen aufgrund undurchsichtiger Geschäfte in den 1990er Jahren in den Besitz strategisch wichtiger Unternehmen (u.a. in der Metallindustrie, der chemischen Industrie und dem Energiesektor) gekommen sind, haben sie nun einerseits ein höheres Interesse an einer transparenten ukrainischen Gesetzgebung, um ihre Eigentumsrechte zu sichern und zu schützen. Andererseits sind sie an einer Expansion auf den europäischen und internationalen Markt interessiert, um ihre Gewinne zu vergrößern.

Um als zuverlässige Partner und attraktive Investitionsziele an den internationalen Börsen zu gelten, haben beispielsweise Rinat Achmetow (System Capital Management) und Serhij Taruta (Industrieunion Donbass) in ihren Unternehmen eine Anpassung an internationale Standards der guten Unternehmensführung und des Rechnungswesens vorangetrieben. Dies trug sicherlich auch dazu bei, dass Tarutas Gruppe nach dem Erwerb des polnischen Stahlwerks Huta Czesochowa im Jahr 2005 mittlerweile auch den Mehrheitsanteil an der Danziger Werft besitzt und ähnliche Pläne für die Werft in Gdynia hegt.

Nach langjährigen zähen Verhandlungen hat das ukrainische Parlament vor allen Dingen mit der Unterstützung von Block Timoschenko und der Partei der Regionen am 17.09.2008 ein Aktiengesetz angenommen, welches überwiegend europäischen und internationalen Standards entspricht. Abgesehen davon, dass die in der Ukraine tätigen westlichen Unternehmensverbände wie die *American Chamber of Commerce* und die *European Business Association* im Vorfeld der Annahme umfassende Lobbyarbeit geleistet haben, kann diese Abstimmung auch als Hinweis darauf gelten, dass sich hier westliche Unternehmensinteressen mit dem Interesse ukrainischer Großunternehmer decken.

Weitere Anzeichen für das Interesse ukrainischer Oligarchen an der europäischen Integration ihres Lan-

des sind die Initiierung der Yalta European Strategy (YES) durch Viktor Pintschuk im Jahr 2004 oder die Gründung des *Bureau of Economic and Social Technologies* (BEST) in Kiew durch Rinat Achmetow im Jahr 2006. BEST arbeitet unter anderem an Projekten, welche Kosten und Nutzen der europäischen Integration für die Ukraine analysieren. Die ehemalige Leiterin des Zentrums, Irina Akimova, sitzt seit 2007 für die Partei der Regionen im ukrainischen Parlament und agiert als »Schattenministerin« für Wirtschaft, womit sich der Kreis zwischen Politik und Wirtschaft auch an dieser Stelle wieder schließt.

Trotz dieser recht optimistischen Analyse ist einschränkend festzuhalten, dass die Interessen der Oligarchen sehr unterschiedlich sein dürften. Ob beispielsweise einzelne ukrainische Großunternehmen die Übernahme des EU-Wettbewerbsrechts unterstützen, hängt von der jeweiligen Struktur der Gruppen und Anteilsverhältnisse an Unternehmen ab. Ähnlich fraglich ist, ob die EU-Vorgaben zur Regelung von Finanzmärkten auf eine breite Unterstützung seitens jener Oligarchen treffen, die große Anteile an ukrainischen Banken besitzen. Hier sind Oligarchen wie Igor Kolomojskij und Gennadi Bogoljubow zu nennen, die mit der Privatbank den größten Marktanteil im ukrainischen Bankensektor besitzen. Der sich in den letzten Jahren abzeichnende rasante Anstieg bei der Vergabe von Privatkrediten in der Ukraine ist schließlich auch deshalb möglich, weil zum Beispiel Kontrollregeln zur Erstellung von Kundenprofilen nicht existieren. Die selektive Natur des FTA+ dürfte den Interessen der Oligarchen allerdings entgegenkommen, da diese ein »Kirschenpicken« erlaubt.

Kleine und mittlere Unternehmen

Die Position kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) in der Ukraine zum FTA+ ist durchwachsen. Einerseits würde eine Anpassung horizontaler Regelungen an europäische Vorgaben wie zum Beispiel ein verändertes Wettbewerbsrecht gerade den ukrainischen KMU zu Gute kommen. Eine Anpassung an die Regulierung technischer Standards der EU würde außerdem zu gegenseitigen Handelserleichterungen führen und die hohe Zahl der Inspektionen verringern, die zurzeit von ukrainischen Behörden durchgeführt werden und die Wirtschaftstätigkeit der KMU laut Studien der Weltbank besonders stark einschränken.

Andererseits zeigen erste Konsultationen mit ukrainischen Unternehmen, die im März und Mai 2008 von Experten des Kiewer *International Center for Policy Studies* durchgeführt wurden, dass sich die Exporte gerade in den östlichen Regionen der Ukraine wie Poltava oder Kharkov traditionell stark auf den russischen Markt konzentrieren. Für die dort angesiedelten Unterneh-

men scheint ein FTA+ mit der EU daher zunächst wenig attraktiv. Dies ist auch auf die hohen Kosten für die Einhaltung europäischer Standards zurückzuführen, die von ukrainischen Unternehmern zunächst kurzfristig geleistet werden müssten. Denn das FTA+ setzt voraus, dass europäische Regeln auch auf dem ukrainischen Markt zum Tragen kommen und nicht nur für Exporte in die EU gelten. Darüber hinaus geben ukrainische Unternehmer zu Bedenken, dass sie in Werbemaßnahmen für ukrainische Produkte auf dem europäischen Markt investieren müssten, um dort erfolgreich zu sein.

Gleichwohl wächst beispielsweise der Export von Maschinen in Richtung EU langsam, aber stetig. Zudem nehmen ukrainische Produzenten wahr, dass nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Russland der Bedarf an qualitativ hochwertigen Maschinen steigt, die nach westlichen Standards hergestellt werden. Bereits heute stellen die ukrainischen KMU sowohl auf dem einheimischen als auch russischen Markt einen erhöhten Wettbewerbsdruck durch westliche Unternehmen fest, der sich mit dem FTA+ erhöhen wird. Unter ukrainischen KMU im Bereich Maschinenbau setzt sich daher zunehmend die Einsicht durch, dass sie diesem Druck nur durch Modernisierung im Zuge einer Übernahme von EU Regeln standhalten können. Oft fehlen ihnen hierfür jedoch das Know-how und die finanziellen Mittel.

Über alle Sektoren hinweg kritisieren ukrainische KMU im Zusammenhang mit dem FTA+ grundsätzlich die fehlende Zusammenarbeit zwischen politischen Entscheidungsträgern, Wirtschaftsverbänden und Unternehmen in der Ukraine. So werden diejenigen Teile der ukrainischen Wirtschaft ohne direkte politische Einflusskanäle über legislative Änderungen im Zuge des FTA+ nur spärlich von ukrainischen Behörden unterrichtet. Zudem fehlt es an Informationen über Investitions- und Finanzierungsmöglichkeiten, um die Modernisierung der Produktionsprozesse durchführen zu können.

Konsequenzen für die EU-Politik gegenüber der Ukraine

Gegen die politische Instabilität der Ukraine als eine der Hauptursachen für ausbleibende Fortschritte bei wirtschaftlichen und strukturellen Reformen kann die EU nur wenig tun. Weitaus größere Möglichkeiten hat die EU, wenn es um die Erhöhung des Kenntnisstandes über die Inhalte des FTA+ bei einem Teil der politischen Elite sowie ukrainischen KMU und Wirtschaftsverbänden geht. Auch auf die Stärkung der bisher schwach ausgeprägten Handlungsfähigkeiten kann die EU einwirken. Hierfür ist nicht die Erhöhung externer Anreize, gar durch das Angebot der Beitrittsperspektive nötig, welches mittelfristig sowieso keine Mehrheit

unter den EU-Mitgliedern finden wird. Ausgehend von den Erfahrungen mit den jüngsten Erweiterungsrounden sollte die EU im Hinblick auf die Unterstützung der Ukraine bei den FTA+ Verhandlungen vielmehr zwei Aspekte berücksichtigen:

Aufbau von Handlungsfähigkeiten

Da die Übernahme des *aquis communautaire* äußerst kostenintensiv ist, hat die EU im Zuge der jüngsten Erweiterungsrounden durch Programme wie PHARE, SAPARD, TAEIX, ISPA und Twinning die politischen und wirtschaftlichen Akteure in den Kandidatenländern dazu befähigt, die EU-Regeln über die reine Gesetzesannahme hinaus auch zu implementieren. Technische und finanzielle Hilfsprogramme wurden in kleinerem Umfang in der Ukraine bereits in den 1990er Jahren durch das TACIS Programm und seit 2006 im Rahmen des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ENPI) durchgeführt.

Eine Fallstudie, welche die Verfasserin im Bereich der Regulierung von Industriestandards durchgeführt hat, zeigte, dass sich die Spielregeln des ukrainischen Wirtschaftsmarktes selbst beim Fehlen interner Anreize an EU-Regeln anpassen. Voraussetzung hierfür ist, dass europäische Experten oder Experten internationaler Organisationen zum Wissenstransfer beitragen, bei der Übersetzung von EU-Direktiven und der Ausarbeitung von entsprechenden ukrainischen Gesetzesvorlägen tätig werden und deren Nichteinhaltung öffentlich kritisieren. Allerdings richtet sich die bisherige technische und finanzielle Unterstützung der EU zu stark an staatliche Akteure, weshalb die Reformen schleppend vorangehen. Der Wandel von Regeln, die das Verhältnis zwischen Staat und Markt bestimmen, benötigt jedoch sowohl staatliche Akteure, welche die neuen Regeln gesetzlich festlegen, als auch wirtschaftliche Akteure, welche neue Regeln von staatlichen Akteuren einfordern. Aus diesem Grund besteht für die EU in der Ukraine noch großer Handlungsbedarf hinsichtlich der Einbeziehung wirtschaftlicher Akteure (Unternehmen und Verbände) in EU Projekte.

Diversifizierung der ukrainischen Akteure

Ein weiteres Charakteristikum der EU-Politik gegenüber den ehemaligen Beitrittskandidaten stellen die zahlreichen Projekte dar, die zu einer Diversifizierung der teilnehmenden Akteure aus der EU und den Kandidatenländern geführt haben. So zeigt beispielsweise Igljka Yakova in ihrem 2006 erschienen Beitrag über den tschechischen Agrarsektor, dass Projekte im Rahmen von PHARE und später SAPARD über den Zeitraum der Beitrittsverhandlungen neue Akteure auf tschechischer Seite hervorgebracht haben. Die Projekte haben nicht nur große, sondern auch kleine tsche-

chische Verbände dabei unterstützt, Einflusskanäle zur Politik aufzubauen, um ihre Interessen zu vertreten.

Darüber hinaus haben nicht nur die Präsenz von EU-Programmen und Standards eine Anpassung hervorgerufen. Die EU-Instrumente haben durch die Finanzierung von Konferenzen zur Herausbildung professioneller Netzwerke zwischen europäischen Agrarverbänden wie COPA-COGECA, Bauernverbänden der EU-Mitglieder und tschechischen Verbänden beigetragen. Dadurch konnten sich die Teilnehmer über Folgeprojekte verständigen, bei denen Strategien politischer Einflussnahme und die Bündelung der Kräfte besprochen werden konnten. Eine ähnliche Politik wäre auch gegenüber der Ukraine erforderlich, wenn eine einseitige Interessendurchsetzung durch mächtige ukrainische Wirtschaftseliten bei den Verhandlungen über das FTA+ verhindert werden soll.

Fazit

Die Strategie der Europäischen Kommission, den ENP-Partnerländern zunächst bilaterale FTA+ statt eine Teilnahme am Binnenmarkt anzubieten, ist grundsätzlich zu begrüßen, da die selektive Natur der FTA+ eine differenzierte Abstimmung auf das jeweilige Partnerland erlaubt. Von der politischen Elite in der Ukraine wird das Vorhaben mit Ausnahme der Kommunistischen Partei unterstützt. Eine Unterscheidung der ukrainischen politischen Landschaft in »pro-westlich/europäisch« vs. »pro-russisch« ist in dieser Frage nicht sinnvoll. Die andauernden internen Machtkämpfe innerhalb der politischen Elite führen aber dazu, dass sich nach der Orangen Revolution im Vergleich zur Amtszeit Kuchmas keine deutlichen Fortschritte hinsichtlich der wirtschaftlichen Annäherung der Ukraine an die EU erkennen lassen.

Die Analyse der Interessenlage der ukrainischen Oligarchen gegenüber dem FTA+ hat gezeigt, dass sie sich die Selektivität, die das FTA+ zulässt, zunutze machen könnten. Die an sich gewachsene Unterstützung der Oligarchen für die wirtschaftliche Integration mit der EU könnte unter diesen Umständen eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Ukraine behindern, an dessen Gewinnen alle Wirtschaftssubjekte beteiligt sind. Während die EU zur politischen Stabilisierung des Landes wenig beitragen kann, hat sie in diesem Punkt jedoch Handlungsspielräume. So kann sie dem einseitigen Einfluss der Oligarchen dann entgegenwirken, wenn sie kleine und mittlere Unternehmen sowie Wirtschaftsverbände in der Ukraine befähigt, auf politische Entscheidungsprozesse Einfluss zu nehmen. In diesem Zusammenhang sollte die EU versuchen, neben Expertenteams aus den verschiedenen bürokratischen Einheiten der EU-Mitglieder auch verstärkt europäische Wirtschaftsverbände in den Prozess des Wissenstransfers einzubeziehen.

Über die Autorin:

Julia Langbein, Dipl.-Pol. ist Doktorandin am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. Sie promoviert zum Einfluss russischer und europäischer Akteure auf den Wandel ökonomischer Institutionen in der Ukraine. Zurzeit ist sie als Gastwissenschaftlerin am Centre for Economic und Social Research (CASE) in Kiew tätig.

Lesetipps:

- Fischer, Sabine (Hg.): Ukraine – Quo Vadis?, Chaillot Paper Nr. 108 (EU Institute for Security Studies), Februar 2008.
<http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp108.pdf>
- Gazizullin, Ildar: What does business in Poltava and Kharkiv think about an EU-Ukraine FTA?, ICPS Newsletter Nr. 408 (19 Mai 2008).
http://www.icps.com.ua/doc/nl_eng_20080519_0408.pdf
- Gazizullin, Ildar: The EU-Ukraine FTA: First feedback from regional consultations, ICPS Newsletter Nr. 399 (3 März 2008).
http://www.icps.com.ua/doc/nl_eng_20080303_0399.pdf
- Langbein, Julia: Transnationalisation and Change in Economic Institutions: The Case of Ukraine and Industrial Standards Regulations, Paper to the Changing Europe Summer School 2008.
http://www.changing-europe.org/download/Summer_School_2008/Langbein.pdf
- Yakova, Iglia: Czech Republic, 'Europe' and its farmers: How is Agricultural Interest Intermediation Affected by Accession to the EU, in: European Political Economy Review Jg.3, Nr.2 (Winter 2005/06), S.112–142.
<http://www.ugbs.org/weru/eper/vol3/no2/yakova.pdf>

Analyse

Die ukrainischen Vorbereitungen für die Fußball-Europameisterschaft 2012. Auf dem Weg zu Prestige oder zu unvermeidbaren Kosten?

Von Halyna Kokhan, Kiew und Alexandra Wyszchkina, Bremen

Einleitung

Als am 18. April 2007 der Präsident der UEFA Michel Platini das Ergebnis der Bewerbung um die Austragung der Fußball-Europameisterschaft 2012 verkündete, kannte die Euphorie bei den glücklichen Gewinnern keine Grenzen. Die gemeinsame Bewerbung von Polen und Ukraine hatte sich mit acht von zwölf Stimmen gegen die von Italien und die von Kroatien und Ungarn durchgesetzt. Platini gab zu, dass die Entscheidung, die Europameisterschaft im östlichen Teil Europas auszutragen, auch eine politische war. Sie berge sicherlich eine größere Herausforderung in sich als die Kandidatur von einem bereits gut vorbereiteten Italien.

Und tatsächlich muss in den beiden ausgewählten Ländern infrastrukturell noch einiges passieren, damit die Austragung der Meisterschaft überhaupt möglich ist. Die UEFA hat in der Vergangenheit bestimmte Standards in Bezug auf Zustand der Stadien, der Unterkunftsmöglichkeiten für Teilnehmer und Fans, Zustand der Flughäfen, Bahnhöfe und Straßen und vor allem bezüglich der Sicherheit entwickelt. Von diesen Standards sind die beiden Länder noch sehr weit entfernt, wobei die Ukraine noch um einiges hinter Polen zurückliegt. Obwohl die Organisation der Vorbereitungen zur EURO-2012 die höchste Prioritätsstufe erhalten hat und von Präsident Viktor Juschtschenko persönlich überwacht wird, ist im ersten Jahr nach Bekanntgabe der Entscheidung noch nicht viel passiert. Schwierigkeiten bei der Verteilung der Kompetenzen, fehlende Verantwortlichkeiten, nur unzureichende gesetzliche Voraussetzungen und innenpolitische Probleme führten zu enormen Schwierigkeiten bei der Finanzierung, zu häufigen Pannen und einem enormen Zeitverlust bei den Vorbereitungen.

Die UEFA ließ dem Geschehen lange Zeit seinen Lauf, doch am 30. Januar 2008 forderte UEFA-Präsident Michel Platini die Ukraine auf, die Vorbereitungen dringend zu beschleunigen. Er gestand der Ukraine noch einmal sechs Monate Zeit zu, um erhebliche Fortschritte bei den Vorbereitungen erzielen zu können. Ministerpräsidentin Julia Timoschenko hat dem Präsidenten der UEFA Michel Platini das Versprechen gegeben, dass die Ukraine »selbst Unmögliches schaffen würde«, um eine erfolgreiche Durchführung der Fußball-Europameisterschaft 2012 sicherzustellen. Am 24. Juli 2008 wurde ein Präsidialerlass veröffentlicht, der die Regierung verpflichtet, bis zum 1. September 2008 im Sinne der Vorgaben der UEFA alle erforderlichen Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung der EURO-2012 zu ergreifen.

Nachdem die Ukraine am 1. August 2008 einen Generalplan für die Vorbereitung und Durchführung der EURO-2012 vorgelegt hatte, dieser mit zahlreichen Änderungs- und Verbesserungsvorschlägen von der UEFA versehen wurde und die geplanten Austragungsorte ebenfalls Entwicklungspläne vorgestellt haben, will das Exekutivkomitee der UEFA nun am 25. September 2008 in Bordeaux eine »endgültige Entscheidung über den Zustand und die Perspektiven der Vorbereitungen zur Durchführung der Euro-2012« treffen. Dies wird auch eine Entscheidung darüber sein, ob die Ukraine ihre Chance nutzt, wichtige Infrastrukturprojekte innerhalb von fünf Jahren zu realisieren, für die sie sonst sehr viel länger gebraucht hätte, außenpolitisch an Prestige zu gewinnen und sich als verlässlicher Partner auf dem internationalen Parket zu präsentieren.

Im Folgenden soll ein Überblick über den Stand der Vorbereitungen und die verbliebenen Probleme gegeben werden.

Stadien

Die Anzahl der benötigten Stadien für die Austragung der Fußball-Europameisterschaft 2012 wurde für die Ukraine von sechs auf vier gekürzt. Austragungsorte sind damit Dnipropetrowsk, Donezk, Kiew und Lwiw. Timoschenko unterstrich jedoch ihrerseits, dass sechs Stadien eine »interne Verpflichtung« seien, welche die Ukraine für sich selbst definiert hätte, so dass auch die Stadien in Charkow und Odessa in ihrer Funktion als Reservestadien in die Planung einbezogen werden.

Auf Kosten des Staatshaushalts ist die Rekonstruktion des Olympia-Stadions in Kiew geplant. Die Stadien Schachtjor in Donezk und Tschernomoretz in Odessa sollen dagegen auf Kosten der jeweiligen Fußballklubs instandgesetzt werden. Die Modernisierung des Stadions in Dnipropetrowsk und der bereits vom Stadtrat von Lwiw beschlossene Neubau eines Stadions werden

aus den jeweiligen Kommunalhaushalten mit Hilfe privater Investoren finanziert werden. Die Abgeordneten des Kreisrats von Charkow haben beschlossen einen Kredit für die Rekonstruktion des Metallist-Stadions aufzunehmen.

Die Eröffnung des Stadions in Dnipropetrowsk erfolgte am 14. September 2008 und die des Stadions in Donezk ist für 2009 geplant. Vor allem das Kiewer Olympia-Stadion macht hingegen erhebliche Probleme. Erstens ist da das Einkaufszentrum »Troizkij« direkt vor dem Stadion, welches eigentlich bis zum 1. Juni 2008 nicht mehr existieren sollte, da es die Fluchtbewege aus dem Stadion behindert. Die Versuche der Demontage begannen aber erst einen Tag vor der Ankunft Platinis in der Ukraine am 3. Juli. Vier Tage später wurden alle Arbeiten wieder eingestellt, da die Finanzen erschöpft waren. Nach aktuellem Plan soll die Demontage bis zum 15. Oktober abgeschlossen sein.

Zweitens muss das Olympia-Stadion selber modernisiert werden. Die entsprechende Ausschreibung hatte ursprünglich die taiwanesishe Firma Archaasia Design Group Limited gewonnen. Am 24. Juni entzog die zuständige Arbeitsgruppe der Firma den Auftrag mit Hinweis auf die mangelnde Qualität der Projektdokumentation. Die Firma klagte daraufhin gegen die Regierung wegen Vertragsbruch. Die staatliche Betreibergesellschaft des Stadions hat mittlerweile einen neuen Vertrag mit dem deutschen Architektenbüro GMP unterschrieben, welches die Fertigstellung des modernisierten Stadions zum Dezember 2010 plant. Die Baukosten sollen sich auf ca. 230 Mio. Euro belaufen.

Weiterhin ist bis heute ungeklärt, wer für die Sicherheit der Stadien verantwortlich sein wird. Der Innenminister der Ukraine Juri Luzenko versichert, dass sein Ministerium ein Sicherheitskonzept für die Austragung der EURO-2012 erarbeitet hat. Der ukrainische Fußballverband kritisiert jedoch, dass ein großer Teil der Sicherheitsaufgaben auf die Vereine abgewälzt werden soll. Es reiche nicht aus, wenn die Polizei lediglich an den Ausgängen der Stadien oder bei Massenausschreitungen für Sicherheit sorgt.

Hotels

Derzeit hat die Ukraine im Durchschnitt 2,6 Hotelzimmer pro 1.000 Einwohner, während es in Polen 4,6 sind. In Italien, zum Vergleich, bemisst sich dieser Wert auf 36,6. Die Ukraine hat also erheblichen Nachholbedarf. Laut den Anforderungen der UEFA muss die Zahl der Betten in Vier- und Fünf-Sterne Hotels von derzeit 2.000 in 18 Hotels auf 5.000 in 49 Hotels erhöht werden. Gleichzeitig werden bis zu 90% der Fans danach streben, eine günstige Unterkunft zu finden. Für die Ukraine ist dieses Problem viel existenzieller als der Mangel an

Luxushotels. Zum Beispiel gibt es in Kiew zurzeit nur sechs Hostels, während es in Krakau 80 sind.

Zum jetzigen Zeitpunkt kann Kiew insgesamt nur 16.000 Touristen aufnehmen. Im Rahmen der Vorbereitung der EURO-2012 sollen dort mehr als zehn Fünf-Sterne-, fast 20 Vier-Sterne-, 20 Drei-Sterne- und einige Dutzend Zwei-Sterne-Hotels gebaut werden. Außerdem will die Kiewer Stadtverwaltung auf der Truchanov Insel ein internationales Jugendzentrum mit einer eigenen Verwaltung, Bungalows und einer Zeltstadt erstellen. Nach der Meisterschaft werden alle abbaubaren Konstruktionen weggeschafft und es bleibt lediglich die Infrastruktur für die Organisation von Sportveranstaltungen übrig.

In Lwiw gehen die Hotelbauten planmäßig voran. Momentan gibt es zwar keine Hotels der Fünf-Sterne-Kategorie in der Stadt, aber bis zur Meisterschaft werden drei Vier-Sterne-Hotels renoviert werden, in der Absicht ihre Kategorie zu erhöhen. Weitere Vier-Sterne-Hotels planen die Erhöhung ihrer Kategorie bis zum Jahre 2010. Zusätzlich werden Wohnheime in Hostels umgewandelt, wodurch 21.700 Zimmer entstehen sollen.

Ein hohes Risiko sieht die Kommission der UEFA insbesondere in Dnipropetrowsk und Donezk, da diese beiden Städte im Gegensatz zu den anderen ukrainischen Austragungsorten keine klassischen Touristenziele sind. Investoren zögern hier Hotels zu bauen, da sie befürchten, dass sich diese nach der Meisterschaft aufgrund der zu geringen Belegung nicht bezahlt machen werden.

In Donezk sind bislang nur für vier der 14 benötigten Hotels Investoren gefunden worden. Der Stadtrat von Donezk hat die Pläne für den Bau eines Fünf-Sterne-, zwei Vier-Sterne- und zwei Drei-Sterne-Hotels gebilligt, in denen insgesamt 1.300 Gäste untergebracht werden können. Für die Zeit der Austragung der Europameisterschaft schlägt die Stadtverwaltung zusätzlich die Nutzung der Wohnungen und Häuser der Einheimischen vor, die zu den Bedingungen einer Pension vermietet werden sollen. Auf diese Weise könnten Einheimische zusätzlich an der EURO-2012 verdienen.

Gemäß den Forderungen der UEFA sollen in Dnipropetrowsk neun Hotels modernisiert und 21 weitere gebaut werden. Ein zentraler Streitpunkt ist derzeit der geplante Abriss des Hotels »Dnjepropetrowsk«, welches der Gemeinde gehört. An seiner Stelle würde ein Fünf-Sterne-Komplex errichtet werden. Allerdings gibt es keine hinreichende rechtliche Grundlage für die Schließung eines funktionierenden Hotels, welches noch bis zum Jahre 2010 verpachtet ist.

Verkehr

Die Ukraine und Polen planen bis zum Ende des Jahres ein Abkommen über die Öffnung von acht neuen

Grenzübergängen zur EURO-2012 zu unterschreiben. Dies ist zweifelsohne sehr sinnvoll, bedenkt man die Schlangen an der ukrainisch-polnischen Grenze. Zentraler für die Ukraine ist jedoch der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Dies betrifft insbesondere die Anreisewege für Fans aus Polen, welche das Auto oder die Bahn nutzen, sowie die Flughäfen in den Austragungsorten.

Präsident Juschtschenko hat erklärt, dass 4.000 km Straße gebaut werden müssen und dass die ukrainische Regierung hierfür bis zum Jahre 2012 insgesamt 5 Mrd. US-Dollar als Bürgschaft für Finanzierungskredite bereitstellen wird. Weiterhin sollen rund 2,8 Mrd. Euro in die Entwicklung der Eisenbahn investiert werden, wovon ca. 683 Mio. Euro aus der Staatskasse kommen werden. Dieses Geld wird für die Trennung von Passagier- und Güterzügen zwecks der Erhöhung der Reisegeschwindigkeit, für die Verbesserung der Sicherheit mittels der Modernisierung von Bahnübergängen und der Errichtung von Sicherheitsabsperungen sowie für die Anlegung von neuen Eisenbahnstrecken (unter anderem Dresden-Lwiw), die Reparatur von alten Eisenbahnstrecken, die Renovierung und den Umbau von Bahnhöfen und den Ankauf neuer Schnellzüge verwendet werden.

Für die Sicherstellung eines reibungslosen Ablaufs bei der An- und Abreise der Fans während der Fußball-europameisterschaft müssen in der Ukraine mindestens sieben (idealerweise sogar dreizehn) Flughäfen umgebaut und modernisiert werden. Vorgesehen sind der Ausbau von Landebahnen, der Bau von neuen Terminals und die Entwicklung der unmittelbaren Infrastruktur rund um die Flughäfen, wie zum Beispiel die Schaffung von neuen Parkmöglichkeiten und die Errichtung neuer Hotels.

Für die Modernisierung der vorrangigen Flughäfen von Lwiw, Charkow, Odessa, Dnipropetrowsk, Donezk, »Zhuljany« in Kiew sowie von »Borispol«, des größten Flughafens der Ukraine in der Nähe von Kiew werden voraussichtlich 0,5 bis 1,7 Mrd. Euro benötigt. Im Moment befinden sich die meisten Flughäfen im Besitz der jeweiligen Städte, doch war abzusehen, dass diese nicht alle notwendigen Änderungen bis 2012 durchführen werden können. Am 22. Februar 2008 wurde von der Regierung ein Konzept bestätigt, das die Überführung von 70% der Flughäfen bis 2020 in Privatbesitz vorsieht. In staatliche Hand sollen nur die Flugplätze selbst sowie die Überwachung der Sicherheit der Flüge und die des Flugverkehrs übergehen.

Kosten und Nutzen

Die Angaben über die Kosten der Vorbereitung auf die EURO-2012 schwanken erheblich. Zum einen sind die Kostenvoranschläge für viele Projekte zweifelhaft oder

noch nicht einmal erstellt. Zum anderen neigen staatliche Stellen aber auch dazu, die schon vor der Bewerbung um die Fußball-europameisterschaft vorgesehenen Infrastrukturprojekte, z.B. im Straßenbau, in den EURO-2012 Etat mit einzurechnen.

Nach Angaben der Regierung der Ukraine belaufen sich die Gesamtkosten der ukrainischen Vorbereitung auf die EURO-2012 auf ca. 17 Mrd. Euro, von denen etwa 20% aus dem Staatshaushalt kommen müssen. Vor allem die kommunalen Behörden werden aber zusätzlich Vorzugskredite zur Förderung privat finanzierter Projekte vergeben, deren Kosten nicht eingerechnet wurden.

Die ukrainischen Verantwortlichen rechnen jedoch damit, dass die Steuereinnahmen aus der Austragung der EURO-2012 (insbesondere Mehrwertsteuer) die Ausgaben der staatlichen Haushalte um das dreifache übersteigen werden. Es wird erwartet, dass zur Meisterschaft rund 400.000 ausländische Touristen in die Ukraine reisen werden.

Resümee

Im April 2007 waren sich alle Politiker der Ukraine einig. Dies kommt in diesem von häufigen Regierungskrisen erschütterten Land nur sehr selten vor. Jeder von ihnen versicherte seine volle Unterstützung, um die EURO-2012 in der Ukraine zu einem unvergesslichen Ereignis zu machen. Ein Jahr später musste der UEFA-Präsident Michel Platini feststellen, dass in dieser Zeit kaum etwas für die Vorbereitung der Fußball-europameisterschaft geschehen war. Auf seine Drohung hin, es würde auch noch die Möglichkeit bestehen der Ukraine die Meisterschaft wegzunehmen, wurden endlich konkretere, wenn auch noch unzureichende, Pläne für die Entwicklung der nötigen Infrastruktur gemacht.

Diese Pläne können jedoch nur verwirklicht werden, wenn sich genügend Investoren finden lassen, die an die Rentabilität der EURO-2012 in der Ukraine glauben. Diese sollten vor allem nicht durch den bürokratischen Aufwand und die unzureichenden Gesetze abgeschreckt werden. Die vordringliche Aufgabe der Regierung ist folglich die Schaffung einer angemessenen gesetzlichen Grundlage und die Erleichterung von Investitionen in Projekte, welche für die Durchführung der Fußball-europameisterschaft unabdingbar sind. Außerdem muss dringend eine klare Kompetenzverteilung gesichert werden. Angesichts der aktuellen innenpolitischen Probleme scheinen aber diese Aufgaben wieder in den Hintergrund zu rücken. Die Zeit drängt jedoch. Denn es steht fest: Findet die EURO-2012 nicht in der Ukraine statt, so waren die bisher schon geleisteten Investitionen zum großen Teil umsonst. Eine erfolgreiche Durchführung der Meisterschaft könnte sich hingegen als eine langfristig erfolgreiche Investition herausstellen.

Selbst wenn die UEFA-Kommission am 25. September die Bemühungen der Ukraine als positiv bewertet, ist es noch keine endgültige Entscheidung darüber, dass die Euro 2012 tatsächlich in der Ukraine stattfinden kann. Wenn Ende 2008 die FIFA noch immer darüber diskutiert, ob die Fußballweltmeisterschaft 2010 in Südafrika nicht doch noch verlegt wird, so hat auch

die UEFA weiterhin Zeit, um die Entwicklung in der Ukraine zu beobachten. Insider sehen die Chance für eine Austragung der EURO-2012 in der Ukraine bei 50 %. Die ukrainische Presse drückt aber ihre Zuversicht aus, dass trotz all der Schwierigkeiten und des Chaos am Ende doch alles gut ausgehen wird.

Über die Autorinnen:

Halyna Kokhan arbeitet für den American Council for International Education und als freie Journalistin für Arhumenty i fakty w Ukraine. Sie hat einen B.A. in Politikwissenschaft (National University Ostroh Academy, Region Rivne) und einen M.A. in Politikwissenschaft (Europa-Studien) der National University Kyiv-Mohyla Academy. Derzeit promoviert sie am Institut für ethnische und politische Studien der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften in Kiew. Alexandra Wyschkina studiert an der Universität Göttingen und ist derzeit Praktikantin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Pressestimmen

Die Vorbereitungen zur Fussball-Europameisterschaft 2012

Korrespondent (Kiew), 11.07.2008

Euro 2012: Was ist die Besonderheit an den Vorbereitungen der Ukraine?

[...] »Das Hauptproblem bei der Vorbereitung zur EM 2012 liegt darin, dass die Ukraine die übernommenen Verpflichtungen nicht einhält«, sagt Iwan Fedorenko, Leiter des Exekutivkomitees Euro 2012 des Ukrainischen Fußball-Bundes. Als Beispiel führt er das Einkaufszentrum Troitskij an, das sich in unmittelbarer Nähe des EM-Stadions in Kiew befindet und bis zum 1. Juli 2008 abgerissen werden sollte.

Um die EM 2012 zu behalten, solle die Ukraine ihre Verpflichtungen erfüllen, so Fedorenko. Zumal alle Abgabefristen für die nächsten drei Monate schon festgelegt seien. Andernfalls – Arrivederci EM 2012! Arrivederci aber auch dem guten Ruf der Ukraine, die ihre Verpflichtungen gegenüber der internationalen Gemeinschaft nicht einhalten kann.

<http://korrespondent.net/euro/519468>

Gaseta po-kiewski (Kiew), 30.07.2008

Das Recht auf die EM 2012 soll »gekauft« werden?

[...] Österreich und die Schweiz brauchten keine finanzielle Unterstützung (*für die Vorbereitung zur EM 2008 - Red.*) Die Lage in der Ukraine und Polen ist ganz anders. Die UEFA muss also mit allen denkbaren Mitteln helfen. Unsere Länder versprechen ihrerseits Rekordgewinne. Den Hauptvorteil der Ukraine und Polens stellt die große Bevölkerung dar, 85 Millionen Menschen. Sie ist damit fünfmal so groß, wie die Bevölkerung der Schweiz und Österreichs zusammen! Das eröffnet der Werbung zahlreiche Möglichkeiten.

Das klingt aber nicht besonders überzeugend. [...] Wir dürfen die UEFA auf keinen Fall dazu veranlassen, zu viel auszugeben. Sie kann uns doch – das wissen wir alle – die EM 2012 entziehen. Daran kann kein Zweifel bestehen: die finanzielle Frage wird Ende September bei der endgültigen Beschlussfassung der UEFA eine wichtige Rolle spielen...

www.pk.kiev.ua/sport/2008/07/30/094434.html

Obsrewatel (Kiew), 24.07.2008

Für die EM 2012 bereiten die Ukrainer eine besondere Attraktion vor

Die EM 2012 bietet eine einmalige Chance für den Tourismussektor in der Ukraine. [...] Wenn ein Land große internationale Sportveranstaltungen durchführt, sei es Welt- und Europameisterschaften oder Olympische Spiele, lockt es

Touristen immer mit einer besonderen Attraktion an. Für die Olympischen Spiele im Jahr 1980 wurden in der Sowjetunion Zarenpaläste in Sankt Petersburg, Moskau und anderen Städten restauriert. Wir müssen uns dessen bewusst sein, dass Touristen eine gut ausgebaute Infrastruktur brauchen, mit vielen Straßen, Hotels und Cafés. Dafür sind riesige Investitionen notwendig. Aber die Investoren müssen langfristig planen. Deshalb sind derartige Attraktionen notwendig, um Touristen innerhalb von 10 bis 15 Jahren anzulocken, damit sich die Investitionen lohnen.

<http://www.obozrevatel.com/news/2008/7/24/250377.htm>

Shurnal Shytomyra (Shytomyr), 18.04.2008

Euro 2012: ein Jahr voller Versprechungen und Hoffnungen

[...] Aber man sollte nicht bezweifeln, dass die Ukraine ihren Teil der Euro 2012 angemessen durchführen wird. Flughäfen, Bahnhöfe und natürlich auch die Stadien werden fertig gestellt sein. Aber alles dies wird, wie jetzt klar geworden ist, nicht dank, sondern trotz der in der Ukraine vorherrschenden Methoden geschehen. [...]

<http://zhzh.info/news/2008-04-18-2905>

Gazeta Wyborcza (Warschau), 15.09.2008

Euro 2012. 1:0 für die Ukraine

[...] in Dnipropetrowsk wurde offiziell das erste Stadion übergeben, in dem in 4 Jahren einige Spiele der Europa-Fußball-Meisterschaft ausgetragen werden sollen. »Wir haben Stadien, ihr habt Straßen und Hotels. Wahrscheinlich wird es uns also gelingen, die Euro 2012 gemeinsam zu organisieren«, so scherzen Menschen in der Ukraine. [...]

http://www.sport.pl/pilka/1,80056,5693866,Euro_2012__1_0_dla_Ukrainy.html

Gazeta Wyborcza (Warschau), 11.09.2008

Drzewiecki: Es besteht keine Gefahr für die Organisation der Fußballmeisterschaft

[...] »Es besteht keine Gefahr für die Organisation der Fußballmeisterschaft im Jahre 2012 in Polen. Die UEFA schätzt den Stand unserer Vorbereitungen als sehr hoch ein«, bekräftigte auf einem Treffen in Krynica der polnische Minister für Sport und Tourismus Mirosław Drzewiecki. Der Minister war zu Gast bei einem speziellen Diskussionspanel mit dem Titel »Der größte Bauplatz in Europa – Investitionen für die Euro 2012«. Während der Veranstaltung sagte er weiterhin, dass er an der Teilnahme von chinesischen Unternehmen an den Vorbereitungen für die Euro 2012 interessiert sei. »Diese Unternehmen sind fähig, alles auf dem höchsten Niveau zu bauen«, so Drzewiecki. Nach Meinung des Ministers wird Polen in den kommenden Jahren zum größten Bauplatz Europas.

http://www.sport.pl/pilka/1,80056,5684633,Drzewiecki__Nie_ma_zagrozenia_dla_organizacji_ME.html

Polityka (Warschau), 04.09.2008

Parlament: Marcin Herra stellte den Bericht über die Vorbereitungen auf die EURO 2012 vor.

[...] Der Präsident der Gesellschaft zur Organisation der Europa-Fußball-Meisterschaft PL.2012 ist überzeugt, dass die Vorbereitungen nach Plan laufen. Marcin Herra hat gestern dem parlamentarischen Ausschuss für Körperkultur und Sport einen Bericht vorgestellt. Der Ansicht des Ausschussmitglieds Zbigniew Babalski zufolge ist er sehr optimistisch.

<http://www.polityka.pl/sejm-marcin-herra-przedstwil-raport-z-przygotowan-do-euro-2012/Text01,1009,267033,16/>

SPIEGEL ONLINE (Hamburg), 04.06.2008

Korruption, Chaos, Sicherheitsmängel

[...] Die UEFA will eine anhaltende Diskussion über mögliche Ersatzlösungen vermeiden. Deutschland wird in diesem Zusammenhang immer wieder erwähnt, sogar in der polnischen Presse. Nachdem Platini erste Zweifel geäußert hatte, sagte Franz Beckenbauer (Vizepräsident des Deutschen Fußballbundes): »Sich als Ersatzland in Position zu bringen, das ist nicht vornehm.« Soll heißen: Die entscheidenden Stellen in Deutschland halten sich zurück, wohl aber auch bereit. [...]

[...] Überdies haben beide Länder (*Polen und die Ukraine – Red.*) ein massives Sicherheitsproblem, für das es seit Jahren keine Lösung gibt. So ist beispielsweise der polnische Rekordmeister Legia Warschau noch von der UEFA mit einer Sperre auf Bewährung belegt, wegen massiver Ausschreitungen seiner Anhänger im UI-Cup beim litauischen Club Vetra Vilnius. Der Vorfall gilt als Indiz dafür, dass Polen über keine so genannte Hooligandatei verfügt, die grenzübergreifend funktioniert. [...]

<http://www.spiegel.de/sport/fussball/0,1518,557740,00.html>

DiePresse.com (Wien), 05.08.2008

»Verlust der Euro 2012 wäre Schande für das ganze Land«

[...] »Ein Verlust der Euro 2012 wäre eine Schande für das gesamte Land«, warnte Hryhorij Surkis, Präsident des Ukrainischen Fußballverbandes, der als eine der mächtigsten Personen im Umkreis des Präsidenten gilt. Ein Land, das eine Mitgliedschaft in der EU anstrebe, müsse die Chance nutzen, die eine europäische Veranstaltung wie die Euro 2012 bietet. [...]

http://diepresse.com/home/wirtschaft/eastconomist/404056/index.do?_vl_backlink=/home/wirtschaft/eastconomist/index.do

Iswestija (Moskau), 06.07.2008

Besuch Platini in Kiew

[...] Bei der Besprechung der Ergebnisse des Besuchs von Platini sprachen die ukrainischen Politiker davon, dass Polen die Ukraine ausgespielt hätte. Wenn Kiew nicht mal mehr als Partner genannt wird, wenn es aus dem Fußballspiel ausscheiden muss, wird es weder ein Recht auf eine Annäherung an die EU noch die Möglichkeit eines Nato-Beitritts bekommen. Bei seinem Abschied hat Platini zu Juschtschenko weder ja noch nein gesagt. Den Ukrainern wurde geraten zu warten, bis am 25. September auf dem Kongress der UEFA in Bordeaux ihr Fußballschicksal entschieden wird. [...]

<http://www.izvestia.ru/football/article3118124/>

Argumenty i Fakty (Moskau), 18.07.2008

Vitali Mutko: »Russland ist nicht bereit für die Austragung der Euro 2012«

[...] Der Sportminister und Präsident des Russischen Fußballverbandes Vitali Mutko sagt [...]: »Ich denke, dass die Ukraine mit dieser Aufgabe fertig wird. Sie bauen, modernisieren Stadien. Im Prinzip denke ich, dass es dort keine globalen Probleme geben wird.«

http://www.aif.ru/news/news/news_id/23210

Nesawissimaja Gaseta (Moskau), 04.07.2008

Die UEFA zeigt der Ukraine die gelbe Karte

[...] »Dass die UEFA das hoffnungslose Urteil vor sich her schiebt, ist ganz einfach zu erklären: In der Geschichte der Austragungen der Fußballweltmeisterschaften und Europameisterschaften ist es noch nie vorgekommen, dass den Gastgebern die Wettkämpfe entzogen worden wären«, sagte der ehemalige Familien- und Sportministerminister der Ukraine [Viktor Korzch] der Zeitung »Champion«. [...] und im September ist ein derartiger Skandal nur im äußersten Notfall denkbar, wenn Kiew überhaupt nichts für die Vorbereitung der Meisterschaft tut. Doch das ist eher unwahrscheinlich. [...]

http://www.ng.ru/cis/2008-07-04/1_uefa.html

Zusammengestellt und übersetzt von Anna A. Petrova, Wojciech Roskiewicz und Alexandra Wyschkina.

Chronik
Vom 10. bis zum 23. September 2008

10.9.2008	Die stellvertretende Generalstaatsanwältin gibt bekannt, dass gegen Ministerpräsidentin Julia Timoschenko kein Verfahren wegen Landesverrats eröffnet wird. Der Geheimdienst der Ukraine hatte die Aufnahme eines Verfahrens beantragt, weil Timoschenko durch geheime Absprachen mit Russland die nationale Sicherheit gefährde.
11.9.2008	Wjatscheslaw Kirillenko, Fraktionsführer von Unsere Ukraine, erklärt, er habe bisher noch kein Angebot für Koalitionsgespräche vom Block Timoschenko erhalten. Seine Fraktion fordert die Rücknahme der ihrer Ansicht nach verfassungswidrigen Gesetze, die in der Vorwoche vom Block Timoschenko gemeinsam mit der Partei der Regionen und der Kommunistischen Partei verabschiedet worden waren. Diese bewirken in erster Linie eine Machtverschiebung vom Präsidenten zum Parlament. Präsident Viktor Juschtschenko fügt am Folgetag hinzu, dass der Block Timoschenko vor weiteren Gesprächen seine Position im Georgienkonflikt darlegen müsse.
12.9.2008	Der Außenminister der Ukraine Jurij Jechanurow sagt, dass Äußerungen aus Moskau und die Ereignisse in Georgien zeigen würden, dass auch die territoriale Integrität der Ukraine bedroht sei. Gleichzeitig betont er Gemeinsamkeiten mit Russland und die gegenseitige Abhängigkeit.
16.9.2008	Der Parlamentspräsident Arsenij Jazenjuk erklärt die demokratische Koalition aus Block Timoschenko und Unsere Ukraine offiziell für beendet. Innerhalb von 30 Tagen muss nun eine Mehrheitskoalition im Parlament gebildet werden. Wenn dies nicht geschieht, hat der Präsident das Recht, Neuwahlen zum Parlament auszurufen. Julia Timoschenko wird die Regierung kommissarisch weiterführen.
16.9.2008	Eine Abgeordnetengruppe von Selbstverteidigung des Volkes schlägt der Fraktion Unsere Ukraine vor, über eine neue Koalition mit Block Timoschenko und Block Litwin zu verhandeln, erklärt Oles Donij, Abgeordneter von Selbstverteidigung des Volkes. Die Fraktion Unsere Ukraine und die Kommunistische Partei weigern sich mit dem Block Timoschenko Verhandlungen aufzunehmen, sagt Andrej Schkil, Abgeordneter des Blocks Timoschenko.
17.9.2008	Der Parlamentspräsident Arsenij Jazenjuk erklärt seinen Rücktritt.
17.9.2008	Das Parlament der Ukrainischen Autonomen Republik Krim stimmt mit 79 zu 90 Stimmen für eine Resolution, mit der das ukrainische Parlament aufgerufen wird, die Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens anzuerkennen.
18.9.2008	Präsident Viktor Juschtschenko erklärt, dass er den Haushaltsentwurf für das Jahr 2009 nicht unterstützen wird, wenn darin nicht die Ausgaben für das Militär angehoben werden.
20.9.2008	Präsident Viktor Juschtschenko wirft Ministerpräsidentin Julia Timoschenko Landesverrat vor, da all ihre politischen Aktivitäten auf die Destabilisierung des Landes abzielen würden. Timoschenko bezeichnet diesen Vorwurf als geistesgestört.
21.9.2008	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko befürwortet eine neue Koalition aus Block Timoschenko, Unsere Ukraine und Block Litwin.
22.9.2008	Der Föderationsrat der Russischen Föderation stimmt den vereinfachten Bedingungen für den Erhalt der russischen Staatsbürgerschaft zu. Menschen, die in der Russischen Föderation geboren sind, müssen nun nicht mehr 5 Jahre in Russland gewohnt haben, müssen ihre Einkünfte nicht offenlegen und keine Russischkenntnisse nachweisen, um einen russischen Pass zu erhalten. In der Ukraine äußern verschiedene Abgeordnete ihre Sorge über eine verstärkte Annahme der russischen Staatsbürgerschaft seitens ukrainischer Staatsbürger.
22.9.2008	Wjatscheslaw Kirillenko, Fraktionsführer von Unsere Ukraine, erklärt, dass er mit der Partei der Regionen und der Kommunistischen Partei keine Koalitionsgespräche führen wird, da die Unterschiede in den Weltanschauungen zu groß seien.
23.9.2008	Ein Kiewer Gericht beschließt, dass die Klage gegen David Schwania, Abgeordneter von Unsere Ukraine, wegen unrechtmäßigen Erwerbs der ukrainischen Staatsbürgerschaft fallen gelassen wird. Er war in den Schlagzeilen, weil er immer wieder betonte, Viktor Juschtschenko sei im Wahlkampf 2004 nicht vergiftet worden.

Die Ukraine-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2008 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/ukraine

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Russlandanalysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de